

Deutschland-Mettmann: Dienstleistungen von Ingenieurbüros

OJ S 46/2023 06/03/2023

**Bekanntmachung vergebener Aufträge – Sektoren
Dienstleistungen**

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/25/EU

Abschnitt I: Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Regiobahn GmbH

Postanschrift: Bahnstraße 58

Ort: Mettmann

NUTS-Code: DEA1C Mettmann

Postleitzahl: 40822

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Regiobahn GmbH, zu Händen von: Malte Kizio

E-Mail: malte.kizio@regio-bahn.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.regio-bahn.de

I.6. Haupttätigkeit(en)

Eisenbahndienste

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Generalplanungsleistungen für Westverlängerung der Regiobahn-Infrastruktur

Referenznummer der Bekanntmachung: RB-W 03-2022 - nach Zuschlag

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Der Auftraggeber beabsichtigt, Generalplanerleistungen und Gutachterleistungen für die Verlängerung der Infrastruktur der Regiobahn zwischen Kaarst und Viersen stufenweise zu vergeben. Zu den Leistungen des Generalplaners zählen insbesondere folgende

Leistungsbilder:

- Objektplanung Verkehrsanlagen
- Objektplanung Ingenieurbauwerke
- Tragwerksplanung Ingenieurbauwerke
- Technische Ausrüstung
- Fachgutachten

II.1.6.

Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71320000 Planungsleistungen im Bauwesen, 71311230 Dienstleistungen im Eisenbahnbau

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DEA Nordrhein-Westfalen

Hauptort der Ausführung: NRW

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Die Regionale Bahngesellschaft Kaarst-Neuss-Düsseldorf-Erkrath-Mettmann-Wuppertal mbH (Regiobahn bzw. Auftraggeber) ist ein Eisenbahninfrastrukturunternehmen.

Sie ist Eigentümerin der folgenden Bahnstrecken:

- Neuss Hbf - Kaarster See,
- Düsseldorf-Gerresheim - Dornap-Hahnenfurth und
- Dornap-Hahnenfurth - Wuppertal-Dornap Abzw. (Neubau-Verbindungsstrecke zur Bahnstrecke Wuppertal-Vohwinkel-Essen-Überruhr)

Auf den genannten Bahnstrecken verkehrt hauptsächlich die Regiobahn

Fahrbetriebsgesellschaft mbH.

Die Regiobahn plant die Verlängerung der bestehenden Eisenbahninfrastruktur vom Kaarster See bis zum Bf Viersen im Zuge des Streckenbandes der S 28. Ergänzend zur bereits erfolgreich realisierten Verlängerung zwischen Mettmann-Stadtwald und dem Anschluss in Dornap sowie der geplanten Elektrifizierung der Infrastruktur soll das Streckennetz der Regiobahn über den Bahnhof Kaarster See bis zum Bahnhof Viersen ausgebaut werden.

Mit der vorgesehenen Baumaßnahme, einer Wiederherstellung der ehemaligen Bahnverbindung auf der noch vorhandenen, aber derzeit nicht mehr ausgebauten Bahntrasse westlich von Kaarst und der Anbindung an die vorhandene Strecke 2510 im Gbf Viersen, sollen der Lückenschluss und eine Durchbindung geschaffen werden. Ziel ist es, die Region Viersen / Neersen / Nettetal über eine direkte Nahverkehrsverbindung über den Streckenverlauf der S 28 an die Region Neuss / Düsseldorf anzuschließen.

Die Strecke wird eingleisig ausgebaut. Kreuzungsmöglichkeiten sind in den Bahnhöfen Viersen und Kaarster See sowie an 2 weiteren Stellen des Streckenverlaufes vorzusehen.

Die Strecke wird elektrifiziert. Güterverkehr ist nicht vorgesehen.

Für die eisenbahntechnischen Planungen gelten die gesetzlichen Regelungen und für die Bahnanlagen der Regiobahn GmbH das Regelwerk der Deutschen Bahn AG. Auch gelten die Verwaltungsvorschriften und Richtlinien des Eisenbahnbundesamtes.

Der Planungsraum umfasst den Bereich zwischen dem Bahnhof Kaarster See und dem Bahnhof Viersen.

Die Planungsleistung umfasst auch Anpassungsarbeiten an den bestehenden Anlagen, die Berücksichtigung der absehbaren Planungsvorhaben der Regiobahn, der Deutschen Bahn AG und der anliegenden Gebietskörperschaften.

Weiterhin umfasst der Planungsraum öffentliche und private Flächen, die zwar nicht rein eisenbahntechnisch genutzt sind, aber im Zuge der Maßnahme baulich angepasst werden oder zu Ausgleichszwecken herangezogen werden müssen.

Ausdrücklich umfasst der Planungsraum also auch den öffentlichen Straßenraum und Freianlagen, die in die Maßnahme eingebunden werden müssen, um eine funktionsfähige und attraktive Anlage zur Verfügung der verschiedenen Komponenten des ÖPNV zu erstellen.

Die Streckenlänge beträgt ca. 15 km. Der Planungskorridor hat i.M. eine Breite von 100 m.

Für die Maßnahme werden bis zu drei Planfeststellungsverfahren in drei Planfeststellungsabschnitten erforderlich.

Der Kostenrahmen für die Baukosten und den Grunderwerb liegt bei 82 Mio Euro netto (ohne Baunebenkosten, Planer- und Gutachterleistungen) bei einem Kostenstand von 2022.

Die Vorplanung (Lph 1-2) soll im Quartal 1/2024 abgeschlossen werden. Der Planfeststellungsantrag für die Gesamtmaßnahme soll im Jahr 2025 bei der Planfeststellungsbehörde eingereicht werden.

Der Abruf der Planungsleistungen erfolgt nach Bedarf stufenweise. Ferner kommt eine bauabschnittsweise Beauftragung in Betracht. Die Leistungsphasen 3 - 9 HOAI werden zunächst nur optional in noch näher auszugestaltenden Stufen abgefragt und abhängig von der Beschlusslage und der Finanzierung (Fördermittel) abgerufen.

Nach derzeitigem Stand sind insbesondere folgende Leistungen nach den Leitungsbildern der HOAI 2021 zu erbringen:

1. Grundleistungen der Lph 1 und 2 (optional 3-9):

- Objektplanung Verkehrsanlagen
- Objektplanung Ingenieurbauwerke
- Fachplanung Tragwerksplanung Ingenieurbauwerke
- Fachplanung Technische Ausrüstung

2. Beratungsleistungen:

- Beratungsleistungen Ingenieurvermessung
- Beratungsleistungen Umweltverträglichkeitsstudie UVS
- Beratungsleistungen Landschaftspflegerischer Begleitplan LPB
- Beratungsleistungen Schall- und Erschütterung

Die Planung beinhaltet alle erforderlichen Planungs- und Gutachterleistungen zur Erreichung des gesamthaften Baurechts für die Maßnahme, also auch anfallende wasserrechtliche Genehmigungen, Entwässerungsgenehmigungen, Einleitgenehmigungen, BlmschG-Genehmigungen oder Baugenehmigungen für Bereitstellungsflächen, Abbruch- und Fällgenehmigungen etc.

3. Besondere Leistungen:

- Planbeschaffung und Übereinstimmungsprüfung der Bestandspläne der Deutschen Bahn AG
- Koordinierte Leitungsträgerplanung
- Baulärmgutachten und Erschütterungsgutachten während der Bauzeit
- Besondere Leistungen im Bereich Geotechnischer Bericht und Baugrunderkundung
- Altlastenbewertung und Entsorgungskonzept / Gutachten zu den Altlasten (Bodenchemie)
- Erstellung eines Screenings nach EBA-Formblatt U3
- Artenschutzgutachten mit ASP Stufe 1 und Stufe 2
- Gutachten gem. Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)
- Planprüfung nach VV Bau-STE des Eisenbahnbundesamtes
- Planung LST und Mitwirken bei der Freigabe der PT2-Planung
- Leistungen gem. VV Bau und VV Bau-STE des Eisenbahnbundesamtes
- Bodenmanagement- und Baustellenlogistikkonzept / Bauablaufplanung
- Besondere Leistungen der Flächenplanung (Anlage 9 HOAI)
- Besondere Leistungen der landschaftsplanerischen Leistungen (Anlage 9 HOAI)
- Mitwirken beim Abschluss von Kreuzungsvereinbarungen (5 Kreuzungsvereinbarungen)
- Inbetriebnahmemanagement und IBN Dossiers nach der VV IST des EBA (für Anlagen der DB AG)
- Kampfmittelabfragen und Gefährdungsabschätzung
- Förderanträge (3 Anträge)
- Druck und Vervielfältigung von Planfeststellungsunterlagen
- Beratungsleistungen Elektromechanische Verträglichkeit, Erdungs- und Streustromgutachten

Die Koordination und Integration aller Leistungen (Gesamtprojektleitung) ist von dem Generalplaner zu erbringen.

Der Generalplaner wird mit einem Pauschalgesthonorar vergütet.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Qualitätskriterium - Name: Qualifikation und Erfahrung des einzusetzenden

Schlüsselpersonals Projektteam / Gewichtung: 30%

Qualitätskriterium - Name: Qualität des Konzepts zur Vorgehensweise (unter anderem in Bezug auf Aufgabenstellung, Herangehensweisen bei der weiteren Gestaltung,

Projektstruktur, Projektteam, Terminplan und Personaleinsatzplan/Einsatz Schlüsselpersonal) / Gewichtung: 40%

Preis - Gewichtung: 30%

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Die Leistungsphasen 3 - 9 HOAI und zugehörige Gutachtenleistungen werden zunächst nur optional abgefragt und im Folgenden abhängig von z.B. der Beschlusslage stufenweise abgerufen.

Diese stufenweise Beauftragung behält sich der Auftraggeber bis zum Abschluss der Baumaßnahme vor. Ein Rechtsanspruch auf Beauftragung der Gesamtleistung besteht nicht.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren mit vorherigem Aufruf zum Wettbewerb

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.1. Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

Bekanntmachungsnummer im ABl.: [2022/S 037-096751](#)

IV.2.8. Angaben zur Beendigung des dynamischen Beschaffungssystems

IV.2.9. Angaben zur Beendigung des Aufrufs zum Wettbewerb in Form einer regelmäßigen nichtverbindlichen Bekanntmachung

Abschnitt V: Auftragsvergabe

Los-Nr.: 1

Ein Auftrag/Los wurde vergeben: ja

V.2. Auftragsvergabe

V.2.1. Tag des Vertragsabschlusses

13/02/2023

V.2.2. Angaben zu den Angeboten

Anzahl der eingegangenen Angebote: 2

Anzahl der eingegangenen Angebote von KMU: 0

Anzahl der eingegangenen Angebote von Bietern aus anderen EU-Mitgliedstaaten: 0

Anzahl der eingegangenen Angebote von Bietern aus Nicht-EU-Mitgliedstaaten: 0

Anzahl der elektronisch eingegangenen Angebote: 2

Der Auftrag wurde an einen Zusammenschluss aus Wirtschaftsteilnehmern vergeben: nein

V.2.3. Name und Anschrift des Wirtschaftsteilnehmers, zu dessen Gunsten der Zuschlag erteilt wurde

Offizielle Bezeichnung: Vössing Ingenieurgesellschaft mbH

Postanschrift: Landfermannstraße 6

Ort: Duisburg

NUTS-Code: DEA12 Duisburg, Kreisfreie Stadt

Postleitzahl: 47051

Land: Deutschland

E-Mail: duisburg@voessing.de

Telefon: +49 203300840

Internet-Adresse: <http://www.voessing.de>

Der Auftragnehmer ist ein KMU: nein

V.2.4. Angaben zum Wert des Auftrags/Loses

V.2.5. Angaben zur Vergabe von Unteraufträgen

Es können Unteraufträge vergeben werden

V.2.6. Für Gelegenheitskäufe gezahlter Preis

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.3. Zusätzliche Angaben

Bekanntmachungs-ID: CXP4YVC6F10

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland bei der Bezirksregierung Köln

Postanschrift: Zeughausstraße 2-10

Ort: Köln

Postleitzahl: 50667

Land: Deutschland

E-Mail: VKRheinland@bezreg-koeln.nrw.de

Telefon: +49 2211473055

Fax: +49 2211472889

VI.4.2.

Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland bei der Bezirksregierung Köln

Postanschrift: Zeughausstraße 2-10

Ort: Köln

Postleitzahl: 50667

Land: Deutschland

E-Mail: VKRheinland@bezreg-koeln.nrw.de

Telefon: +49 2211473055

Fax: +49 2211472889

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Da es sich hier um die Bekanntmachung eines vergebenen Auftrags handelt, wird insbesondere auf § 135 Abs. 1 und 2 GWB hingewiesen:

- (1) ein öffentlicher Auftrag ist von Anfang an unwirksam, wenn der öffentliche Auftraggeber
 1. gegen § 134 verstoßen hat oder
 2. den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetz gestattet ist, und dieser Verstoß in einem Nachprüfungsverfahren festgestellt worden ist.
- (2) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrages, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland bei der Bezirksregierung Köln

Postanschrift: Zeughausstraße 2-10

Ort: Köln

Postleitzahl: 50667

Land: Deutschland

E-Mail: VKRheinland@bezreg-koeln.nrw.de

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

01/03/2023